

# Laibacher Zeitung.

Nr. 154.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7.50.

Freitag, 9. Juli.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 5 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 3 kr.

1880.

## Nichtamtlicher Theil.

Der Verein „Laibacher Liedertafel“ hat dem Landespräsidium den Reinertrag des zugunsten der durch Hagelschlag und Ueberschwemmung beschädigten Bewohner von Unterkrain am 1. Juli 1880 veranstalteten Wohlthätigkeitsconcertes im Betrage von 500 fl. 67 kr. übergeben.

Dies wird mit dem Ausdrucke des wärmsten Dankes zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Laibach, am 7. Juli 1880.

K. k. Landespräsidium.

## Zeitungschan.

Der bekannte, in der Prager „Politik“ vom 4ten d. M. erschienene Artikel, in welchem nebst der Reorganisation des Pressbureaus auch eine gründliche Purificierung unter den Beamten der politischen Verwaltung verlangt wurde, erfährt in einem Wiener Briefe des „Prager Abendblatt“ eine sehr energische Zurückweisung. In den Kreisen der deutsch-böhmischen Abgeordneten wurde dieser Brief lebhaft besprochen, und hat der entschiedene Ton desselben vielfeits einen sehr guten Eindruck hervorgerufen. Der telegraphisch bereits signalisierte Artikel des „Prager Abendblatt“ lautet vollinhaltlich:

„Ein Artikel der Prager „Politik“, worin dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen Taaffe ins Gewissen geredet wird, eine Transfusion des österreichischen Verwaltungskörpers mit einigem Parteiblut von der Farbe dieses Blattes so schnell als möglich einzuleiten, hat in den Wiener Blättern ein stärkeres Echo geweckt, als ein unbefangener, in die Geheimnisse der österreichischen Parteikämpfe etwa uneingeweihter Beurtheiler gerechtfertigt finden könnte. Es ist dies ja nicht der erste und nicht der einzige Ansturm des einseitigen, sich selbsttätig über den Staatszweck erhebenden Parteigeistes, den Graf Taaffe mit unerschütterlicher Ruhe zurückgewiesen hat, ohne sich von seinem Grundsatz einer objectiven, einzig und allein der Staatsraison und den Bedürfnissen einer exacten Verwaltung Rechnung tragenden Executive abdrängen zu lassen. Es ist gewiss erklärlich, dass Graf Taaffe sich auf die gegenwärtige Mehrheit des Abgeordnetenhauses stützt, und es liegt unbestreitbar im Wesen des parlamentarischen Regiments, dass sich die Regierung auf eine bestimmte Majorität der Volksvertretung stützen muss; daraus aber folgern, dass die Regierung dieser Majorität und ihren Parteitendenzen auch die Executivgewalt überantworten müsse, heißt eben, aus einer richtigen Prämisse einen Schluss ziehen, den die Staatsphilosophie keineswegs unbedingt zugibt und gegen den die praktische Staatskunst nicht entschieden genug Verwahrung einzulegen vermag. Für eine wohlverstandene und von dem Ernste ihrer Mission durchdrungene Executive darf es bei der Wahl ihrer ausübenden Organe keine andere Richtschnur geben, als die Rücksicht auf einen wohlgeordneten, verlässlich functionierenden Verwaltungsorganismus im allgemeinen und die Bedachtnahme auf die diesbezügliche Eignung der Executivorgane im besondern. Graf Taaffe hat noch keine Gelegenheit verabsäumt, diese Anschauung als die seine zu proclamieren, und wer, wie er, durch die Schule einer vieljährigen praktischen Erfahrung im Staatsdienste gegangen ist, kann gar nicht zu einer anderen Ueberzeugung gelangen und wird sich Theorien, wie den von der „Politik“ gepredigten, gegenüber niemals zugänglich erweisen.“

Gerade das Bedürfnis, den Staat einer exclusiven Einflussnahme des Parteigeistes zu entreißen, hat zur Constituierung des Cabinets Taaffe geführt und letzteres würde sich selbst und seine Existenzberechtigung verleugnen, wenn es sich dazu drängen ließe, ihn wieder dem Partei-Egoismus zur Aus- und Abnützung — möge er was immer für einen Namen haben — auszuliefern. Niemand, wer die Grundsätze des Grafen Taaffe kennt, kann über die Aufnahme jener, welche die Rathschläge und Zumuthungen macht, zu deren Sprachrohr sich die „Politik“ gemacht hat, bei ihm finden müssen und jederzeit finden werden. Ein Blick in die Rede, welche Graf Taaffe im Herrenhause während der letzten Budgetdebatte gehalten hat, muss selbst den Misstrauischesten, wosern

er nur unbefangen ist, über die Haltung des Grafen Taaffe in Fragen der Gestaltung der Executive beruhigen. Er sagte damals unumwunden und betonte mit allem Nachdruck, „dass die Regierung keinerlei einseitige Parteirücksichten verfolgen darf“. Er sprach sich offen darüber aus, wie er über Concessionen einer Regierung, zu dem Zwecke gemacht, um eine Partei oder eine Persönlichkeit freundlich zu stimmen, denke. Er gebrauchte damals die Worte: „Die Regierung achtet die Rechte des Parlaments, die Regierung hält sich aber auch ihre Rechte vor Augen. In das Recht der Executive lässt sich die gegenwärtige Regierung nicht eingreifen, weder durch ein Parlament, noch weniger aber durch eine Fünfzehner-Commission.“ Man sollte meinen, dass dies deutlich gesprochen heißt. Ein Commentar zu diesen sich in ihrer offenen Entschiedenheit selbst commentierenden Worten erscheint durchaus überflüssig.“

## Zur Orientfrage.

Aus Athen verlautet, dass sich dort eine ruhigere Stimmung geltend mache, die man auf die Instructionen zurückführt, welche von König Georgios eingetroffen sind. Trotzdem werden die militärischen Vorbereitungen und die Truppensendungen nach Corfu fortgesetzt, doch beabsichtigt man, keinen Kampf mit der Türkei zu provocieren, um nicht des Vortheiles der Mäßigung verlustig zu werden und um keinen Vorwand zur Klage zu geben. Die Griechen wollen vor derhand die Mächte für sich sorgen lassen.

Die Pforte hat den dritten Theil der identischen Noten der Botschafter der Mächte, betreffend die Reformen in Armenien, beantwortet. Die „Pol. Corr.“ berichtet über den Inhalt dieser Antwort Folgendes: Die Pforte sagt, dass sie, ungeachtet der Schwierigkeiten, mit welchen sie infolge des letzten Krieges zu kämpfen hatte, stets ihr Augenmerk auf die im Artikel 61 des Berliner Vertrages vorgesehenen Verbesserungen gerichtet hat. Sie entsandte zu diesem Behufe Specialcommissionen, an Ort und Stelle, welche vieles in dieser Richtung bewerkstelligt haben. Sie hat die Organisation einer Gendarmerie begonnen und betraute nationale und fremde Officiere mit der Ausarbeitung eines Reglementsentwurfes, welcher, wenn er ihr vorliegen wird, in sehr ernster Erwägung gezogen werden soll. Die armenischen Districte werden in Nahias oder Gemeinden getheilt werden. Der Präfect jeder Gemeinde werde aus der confessionellen Majorität und jeder Unterpräfect aus der Minorität entnommen werden. Für eine bestimmte, zu einer Gruppe vereinigte Anzahl von Nahien wird ein ambulanter Schwurgerichtshof eingesetzt werden, welcher an Ort und Stelle der verübten Verbrechen und Vergehen sich begeben werde, um die Vernehmung der Zeugen zu erleichtern und die Rechtsprechung zu beschleunigen. Der zehnte Theil der Steuern, mit Ausnahme jener vom Tabak, Salz, den frommen Stiftungen und den Zöllen, werde zu Unterrichtszwecken und für öffentliche Arbeiten verwendet werden.

Das gleiche Blatt veröffentlicht eine Reihe von Berichten, aus welchen hervorgeht, dass die Pforte sich allen Ernstes auf einen bewaffneten Widerstand vorbereite. So heißt es in einem Berichte aus Konstantinopel vom 2. d.: „Die disponiblen Truppen der Hauptstadt und deren Umgebung werden eiligst nach Bolo, Salonichi und Prevesa expediert. Die Provinz-Gouverneure wurden aufgefordert, als „Ersatz für die entlassenen Redifs“ schnelligst eine Rekrutierung zu veranlassen. Unter dieser officiellen Formel werden eigentlich die jüngst verabschiedeten Redifs wieder einberufen. Blum Pascha wurde zur Inspicierung der Befestigungen nach den Dardanellen beordert und Baker Pascha gieng in einer ähnlichen Mission nach Salonichi ab, wohin auch das Gros der disponiblen türkischen Streitkräfte dirigiert wird. Jedermann weiß, dass die jüngst nach Salonichi eingeschifften acht Feldbatterien für die albanesische Liga bestimmt sind und schon jetzt von albanesischen Artilleristen bedient werden. Weissel Bey, ein Bruder Abbedin Paschas und Finanzbeamter in Salonichi, wurde, wahrscheinlich in Anerkennung seiner geheimen politischen Dienste, im Range befördert. Der gegenwärtige Sous-Gouverneur im Vilajet Adrianopel, Pasco Bassa (katholischer Albanier), soll zum provisorischen Gouverneur in Salonichi er-

nannt werden. Bassa, der eine interessante Broschüre über die Traditionen Albaniens geschrieben, ist von heißem Patriotismus beseelt und erfreut sich eines großen Einflusses bei den katholischen Albanesen seines Heimatlandes Oberalbanien. Er wurde telegraphisch hieher berufen, ist bereits hier eingetroffen und heute von Mahmud Nedim Pascha empfangen worden. Seine oben angedeutete Ernennung hätte jedenfalls eine nicht misszuverstehende Bedeutung. Als charakteristisches Merkmal der Sachlage möge hier erwähnt werden, dass die hier zumeist als Handwerker lebenden Arnauten eine außerordentliche Kriegslust bekunden, mehrere von ihnen bereits nach Salonichi abgereist sind und dass, wie man erzählt, die Polizei alle in Haft befindlichen albanesischen Verbrecher unter der Bedingung freigelassen hätte, dass sie sich den Führern der albanesischen Liga zur Verfügung stellen.“

## Tagesneuigkeiten.

— (Eine Gaskatastrophe in London.)  
In London hat Dienstag abends eine Gasexplosion furchtbare Verwüstungen angerichtet. Es war, wie der „Br. Allg. Ztg.“ berichtet wird, in Bedford Square, einem der fashionablesten Stadttheile zwischen der City und den Westend. Neue Gasrohre wurden gelegt und die Arbeiten waren eben vollendet, welche eine Verbindung mit dem alten Röhrennetz hergestellt hatten. Zur näheren Prüfung, ob alles in Ordnung, näherten sich Arbeiter mit brennenden Reibhölzern den Vernietungen der Rohre. Gleich darauf erfolgte die erste Explosion, infolge deren zwei Arbeiter buchstäblich in Stücke zerrissen wurden. Das Pflaster der sich kreuzenden Straßen wurde gesprengt und die Steine wurden haushoch in die Luft geschleudert, während sich im Straßenboden Krater von ungefähr je fünf Fuß Tiefe und zehn Fuß Länge bildeten, aus welchen dunkelgelbe Flammen zuckten und ein unerträglich Dampf ausströmte, welcher auf 20 Schritte Entfernung betäubend wirkte. Dieser Dampf drang in die Hauptgasleitung und verursachte eine zweite Explosion in einer Entfernung von etwa dreißig bis vierzig Metern nach Süden, in Percy Street, ebenfalls einer Nebenstraße von Tottenham Court Road. Man glaubte inmitten eines Erdbehens zu stehen. Die Häuser erbebten bis in die Fundamente. Dumpfes Rollen dröhnte weithin durch den gitternden Erdboden. Glasplitter flogen aus den gesprengten Fenstern durch die Luft und fielen klirrend auf die Straße, in welcher sich aus niedergefallenen Steinen und ausgeworfener Erde Hügel gebildet hatten, die allen Verkehr störten, der auch für die nächsten Tage noch nicht wiederhergestellt werden dürfte. Die Restaurationsarbeiten an den unterirdischen Leitungen werden mit äußerster Vorsicht ausgeführt, da man nicht weiß, ob nicht nach anderer Richtung der Hauptleitung ähnliche Complicationen vorhanden sind, welche zu weiteren Katastrophen führen können.

Eine zweite Depesche meldet: Das Werk der Zerstörung ist noch größer. Die Zertrümmerung verpflanzte sich durch die frequentiertesten und wohlhabendsten Stadttheile von London mittelst des großen Hauptgasrohres der Hauptstadt. In Entfernung von je zehn bis zwanzig Metern öffneten sich neue dampfende Krater im Erdboden. Große breite Platten des Trottoirs und schwere eiserne Gitter, welche den Zugang zu den im Souterrain der Häuser gelegenen Kichen verschließen, wurden mit Heftigkeit emporgeschleudert. Mehr als ein Fuhrwerk wurde mit Ross und Mann in die Erdböcher geworfen. Ein Pferd wurde erschlagen und ein Frachtwagen zer-malmt. Die Verheerung ist am größten an den Straßenenden, weil dort die Leitung eine andere Richtung nimmt. Mehrere Häuser wanken auf zerrütteten Fundamenten. Manche Souterrainräume drohen mit dem Einsturze, und wiederum sind manche Häuser bis in die erste Etage dem Auge offengelegt, indem die Außenwand in die Straße fiel. Man berechnet in diesem Moment, dass nicht weniger als 300 Häuser schwer beschädigt sind. Die Zahl der Verwundeten ist unbekannt, weil die meisten Insassen der Häuser sind und in der allgemeinen Verwirrung noch nicht eine genaue Liste aufgestellt werden konnte. In den Hospitälern liegen angeblich achtzig Schwerverwundete. Die Zahl der Todten ist verhältnismäßig klein und soll bis jetzt zehn oder zwölf nicht übersteigen.



# Locales.

## Krainischer Landtag.

9. Sitzung.

Ljubljana, 7. Juli.

(Schluß.)

Landespräsident Winkler vindiciert dem Geseze über die Bildung der Hauptgemeinden eine hervorragende Bedeutung. Die Organisation der letzteren habe in den Landtagen von Görz und Istrien und auch in anderen zu eingehenden Debatten Anlaß gegeben. Ueberall wurden Wege gesucht, lebenskräftige Gemeinden zu schaffen, welche fähig wären, nicht nur im eigenen, sondern auch im übertragenen Wirkungskreise ihren Obliegenheiten nachzukommen. In Krain soll nun das Gesez vom Jahre 1869 über die Bildung der Hauptgemeinden durchgeführt werden, und jede der beiden Parteien des hohen Hauses denkt sich dieselbe in anderer Weise, weil sie glaubt, im Geseze das zu finden, was sie durchführen möchte. Der Abgeordnete Svetec hat die großen Gemeinden, welche er nach dem Geseze wünscht, mit den ehemaligen Mairien und Oberrichtern verglichen. Doch hatten die damaligen Gemeinde-Organisationen mit den jetzigen wenig gemein. Der Oberrichter oder Zupan mit seinen zwei Beiräthen, wie er genannt wurde, war nur im eigenen Wirkungskreise thätig, der übertragene war ihm ganz fremd. Bei diesen Gemeinden war durchaus nicht jene Organisation zu finden, wie man sie heute von einer Gemeinde mit 3000 Seelen verlangt. Die Catastralgemeinden, obwohl sie ihr Vermögen selbst verwalten, unterstehen doch vollkommen den Hauptgemeinden, denn was deren Vertretung beschließt, das hat Geltung für alle. Ob nach dieser Organisation der Zweck erreicht wird, den der Abgeordnete Svetec wünscht, erscheint somit sehr fraglich. Aber auch, was der Abgeordnete Deschmann wünscht, ist nicht leicht durchführbar. Der Widerspruch zahlreicher Gemeinden hat sich dagegen geltend gemacht, man will noch kleinere Gemeinden schaffen, als sie bisher bestanden, was dem Wortlaute des Gesezes nicht entspricht und von denen, als Gemeinden mit 800 Seelen, es auch sehr zweifelhaft ist, ob sie das werden besorgen können, was die jetzigen größeren Gemeinden nur schwer leisten konnten. Der Abgeordnete Deschmann befürchtet auch Majorisirungen, welche stattfinden könnten. Nun, da ist wohl zu bemerken, daß manche kleine Gemeinde kein Interesse daran hat, wie die größere Gemeinde, zu der sie gehört, eine Frage im eigenen Wirkungskreise lösen will. Es zeigt sich also beiderseits, daß man den Zweck, den man erreichen will, nur schwer erreichen dürfte. Die Regierung habe in dieser Frage eine schwierige Aufgabe. Vor 1½ Jahren wurde das Operat über die Bildung der Hauptgemeinden in einem Theile des Landes der Regierung überreicht. Redner habe es im nämlichen Zustande vorgefunden, indem noch gar nichts im Gegenstande verfügt worden sei. Ihm fehlte bisher die materielle Zeit dazu, sich näher darüber informieren zu können. Es ist auch außerordentlich schwierig, das Gesez auszuführen, da man dem Geiste desselben nicht Gewalt anthun darf. Wie sollen die Hindernisse, welche sich dem Geseze in den Weg stellen, beseitigt werden? Wenn die Hauptgemeinden zwangsweise zusammengestellt werden, so fehlt jede Bestimmung darüber, wie zur Wahl geschritten werden und wer den Vorsitz übernehmen soll. So lange kein neues Gesez besteht, ist das jetzige durchzuführen, selbstverständlich so, daß es den Interessen der einzelnen Gemeinden möglichst entspricht. Wo jedoch ein Uebereinkommen zwischen Regierung und Landesausschuß nicht erzielt werden kann, wird durch ein eigenes Landesgesez, wie es das Gesez bestimmt, vorgeforgt werden müssen.

Abg. Dr. Deu constatiert, daß die Petition der Marktgemeinde Adelsberg um Abtrennung der zu ihr gehörigen Landgemeinden nicht auf einen Wink aus Laibach, sondern spontan im Gemeinde-Ausschuße beschlossen worden ist, da sich die Gemeinde Adelsberg selbst sehr gut erhalten kann.

Abg. Dr. Bleiweis spricht sich für große Gemeinden aus, wie sie in Kroazien bestehen, damit die Bezirkshauptmannschaften, die sich in fortgesetzten Bedrückungen der Gemeinden gefallen, entbehrlich werden könnten, indem man diesen Gemeinden den ganzen Wirkungskreis der jetzigen Bezirkshauptmannschaften übertragen könnte.

Abg. Svetec sagt, er hätte erwartet, wenn sich das Gesez vom Jahre 1869 nicht in seinem Geiste ausführen lasse, daß der Verwaltungsausschuß eine Abänderung desselben beantragen werde.

Abg. Dr. Ritter von Besteneck bemerkt, es freue ihn, daß sich auch die Gegenpartei zu anderen Anschauungen bekehrt habe, indem sie zugebe, daß die jetzigen Gemeinden weder im eigenen noch im übertragenen Wirkungskreise lebensfähig seien. Die Argumente, welche der Abgeordnete Svetec vorgebracht, seien eher als eine Befürwortung des Antrages anzusehen. Von der Ausnahme, kleine Gemeinden zu belassen oder, wo es das Interesse erheischt, zu bilden, sei im Operate nur geringer Gebrauch gemacht wor-

den. In der Bezirkshauptmannschaft Adelsberg seien beispielsweise 17 Hauptgemeinden mit 2000 Seelen, in jener von Radmannsdorf 13 mit 2000 Seelen und in jener von Krainburg 22 mit 2800 Seelen in Aussicht genommen, — wohl der schlagendste Beweis, daß die Ausnahme nicht zur Regel gemacht wurde. Die Behauptung des Abgeordneten Svetec, daß die Interessen der Stadt-, Markt- und Landgemeinden identisch wären, sei nicht richtig, dieselben sind im Gegentheile grundverschieden. Adelsberg, als emporblühender Markt durch seinen regen Fremdenzuzug, hat sicher andere Interessen, als die umliegenden Landgemeinden, die noch jetzt dazu gehören und die sich um Beleuchtung, Trottoir, Anlagen von Spaziergängen u. gar nicht kümmern, weil sie dafür eben kein Verständnis haben. Abgeordneter Dr. Bleiweis habe den alten Schmerzensschrei gegen die bestehende Einrichtung der politischen Verwaltung wieder losgelassen; möge aber selbst die autonomste Regierung kommen, an der bestehenden Verwaltung werde keine rütteln, da jede weiß, daß nur eine feste, in einer Hand vereinte Verwaltung etwas leisten kann. Man sagt hier und da, schaffen wir noch größere Gemeinden, die werden etwas zu leisten vermögen, und doch sehen wir, daß die jetzigen Gemeinden nahezu ganz unleistungsfähig sind, bis auf geringe Ausnahmen. Wir sehen dies ja auch an den Bezirksvertretungen, die einen sehr kostspieligen Apparat bilden, der zu sonst nichts da ist, als zu politischen Agitationen. In der Theorie hört sich die Idee des Abgeordneten Dr. Bleiweis freilich schön an, übersehe man sie aber in die Praxis, so werden sehr sonderbare Erfolge resultieren. Der schönste Zustand wäre nach dem Wunsche vieler freilich der, daß jeder thun könnte, was er eben wolle, dann aber träte ein Zustand ein, durch den der Fremdenverkehr in Krain sofort abgeschnitten würde. In ein nach diesen Principien anarchisch verwaltetes Land würde sich jedermann scheuen zu kommen. Die Geschichte Krains weist aus den letzten Jahren genug der schwarzen Punkte aus, sehen wir zu, daß dieselben nicht zu einem großen schwarzen Fleck werden. Daher ist es nöthig, daß dem schreienden Mißstande abgeholfen und den Anforderungen wenigstens theilweise entsprochen werde, und daß die aufgehobenen Paragraphe 1 bis 4 des Gemeindegesezes einen Ersatz erfahren. Redner begrüßt daher mit großer Freude die Enunciation des Herrn Landespräsidenten, welcher erklärt habe, er wolle mit seinen reichen Erfahrungen die Bildung der Hauptgemeinden fördern.

Bei der Abstimmung wird der Ausschussantrag 2 mit Majorität angenommen.

Zum Antrage 3 spricht Abgeordneter Svetec. Die Annahme dieses Antrages werde die k. k. Bezirkshauptleute noch zu größeren Eingriffen in die Gemeindeverwaltung bevollmächtigen, obwohl dieselben schon jetzt genügende Rechte besitzen, sich in die Gemeinde-Angelegenheiten einzumengen. Die Bezirkshauptleute beurtheilen die Bürgermeister nach den von ihnen eingeleiteten Wahlagitationen. Darnach theilen sie dieselben in zwei Classen ein: jene, welche gefügig sind, haben allerlei Gefälligkeiten von den Bezirkshauptleuten zu erwarten, jene dagegen, die es nicht sind, werden National-Clericale gescholten und haben sich stets der Strafe zu versehen. Gegen die letzteren lehre sich der Pfeil des ganzen Antrages. Stimme man diesem Antrage zu, so enge man die Gemeinde-Autonomie noch mehr ein, und jeder intelligente, unabhängige Mann werde sich in Zukunft hüten, Bürgermeister zu werden. Redner empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung über den Ausschussantrag.

Abg. Dr. Bošnjak wundert sich, fortgesetzt nur den einen Mann am Berichterstatterische zu sehen. Derselbe sei der Chef eines politischen Amtes, und von diesem Standpunkte aus beurtheile er auch die Gemeinde-Angelegenheiten, weil er gewohnt sei, mit seinen Beamten sehr strenge vorzugehen. Der Herr Referent habe sich über die Befähigung der Gemeindevorsteher sehr beleidigend geäußert, indem er die große Mehrheit derselben als vollkommen unfähig hinstellte. Nun, so arg sei es denn doch nicht in Krain. Redner sagt, er kenne dies aus Ueberzeugung von seiner Amtierung im Landesausschuße. Daß die Gemeinden weder bureaukratisch noch deutsch amtierten können, sei allerdings richtig. Wenn man die in Krain vorkommenden öffentlichen Gewaltthatigkeiten von gewisser Seite mit Vorliebe hervorziehe, so sei darauf zu bemerken, daß in Wien und in Deutschland Verbrechen geschehen, die hierzulande gottlob völlig unbekannt sind. Es stehe sicher einem krainischen Abgeordneten schlecht an, das eigene Land so zu verunglimpfen. Die „schwarzen Punkte“ der letzten Jahre sind eben diejenigen, wo bei den Wahlen Gesez und Recht mit Füßen getreten wurden, so daß die heutige Landtags-Majorität auch die Mehrheit des Landes selbst zu repräsentieren vermeint. Wenn der Referent in seinem eigenen Wirkungskreise bittere Erfahrungen gemacht hat — — —

Abg. Dr. Ritter v. Besteneck ersucht den Landes-hauptmann, ihn gegen persönliche Angriffe zu wahren.

Der Landeshauptmann ersucht den Redner, bei der Sache zu bleiben.

Abg. Dr. Bošnjak schließt mit der Bemerkung, daß dem Provocierten auch das Recht der Antwort gewahrt bleiben müsse.

Referent Abg. Dr. Ritter v. Besteneck schließt seinem Schlußworte die Bemerkung voraus, er wolle auf die persönlichen Insulten nicht antworten. Es wird seitens der Herren der Gegenpartei eben fort und fort etwas behauptet, für das sie keinen Beweis vorzubringen wissen. Was seitens eines Herrn Abgeordneten heute über die Vergewaltigung der Gemeinden vorgebracht wurde, das habe man bereits im Reichsrathe gelegentlich der Berathung des Budgets des Justizministeriums gehört. Wenn man vorschützt, daß nur jene Gemeindevorsteher unterstützt werden, welche mit den Bezirkshauptleuten sozusagen durch dick und dünn gehen, so ist das eine unbewiesene, daher sehr billige Behauptung. Einer der Herren Redner von heute gegen die Bezirkshauptleute war seinerzeit anwesend und hat es gut gehört, als der gewesene Landespräsident Ritter v. Mallina eine Gemeinde-Deputation ersuchte, die Opposition gegen die Staatsbehörden zu lassen, da nur im gemeinsamen Zusammenwirken ein gedeihliches Ziel erreicht werden könne. Trotzdem aber werden die Bezirkshauptleute noch heute von gewisser Seite der Bevölkerung als Wauwau hingestellt. Redner erklärt, er sei unverbesserlich in seinen Anschauungen, es müsse eine Grenze geben, wo die Executive einschreitet, sonst gehe man der Anarchie entgegen. Wir haben eine Reihe von Gesezen, die ganz vorzüglich sind, doch stehen viele derselben bloß am Papier, indem sie einfach nicht ausgeführt werden, weil es eben an den Ausführungsorganen, den dazu willigen und fähigen Bürgermeistern fehlt. Diese gemüthliche Auffassung, derzufolge nur derjenige ein guter Bürgermeister ist, der nichts thut, muß endlich aufhören.

Bei der Abstimmung wird der Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt und Antrag 3 des Ausschusses angenommen.

Zum Antrage 4 spricht Abgeordneter Dr. Poklukar. Die nationalen Abgeordneten erfüllen nur ihre Pflicht, wenn sie die berechtigten Klagen der Bevölkerung vorbringen. Sie wollen niemandem Unrecht thun, allein sie sagen die Wahrheit. Gerade einige Herren sind immer die Ursache, daß das Land die früher genannten „schwarzen Punkte“ bekomme. Wenn etwas vorgeworfen wird, so heißt es immer, es sei nicht wahr, und wird so lange rundweg geleugnet, bis man mit schriftlichen Beweisen kommt. Man möge nicht immer nur die Fremden zuerst vertheidigen, sondern die Heimischen, dann werden die Fremden auch Ruhe haben.

Abg. Dr. Schaffer erklärt eine ordentliche Gebarung mit den Gemeindeforderungen für das wichtigste Erfordernis im Gemeindeleben. Es werden jedoch nur von den wenigsten Gemeinden die Rechnungen ordentlich gelegt und gelangen hierüber fortgesetzt Beschwerden an den Landesausschuß seitens der Gemeinde-Angehörigen. In solchen Fällen kann sich der Landesausschuß an niemanden wenden, als an die Bezirkshauptmannschaften, da er über keine eigenen Organe zu diesem Zwecke verfügt.

Abg. Deschmann betont gleichfalls, daß der Landesausschuß genöthigt sei, um zu seinem Ziele zu gelangen, die Hilfe der k. k. Bezirkshauptmannschaften in Anspruch zu nehmen. Uebelstände aufdecken, die im Lande thatsächlich vorhanden sind, ist eine Pflicht der Volksvertreter, man bringt sie vor, weil man es eben gut mit dem Volke meint, denn schon ein altes Sprichwort sagt, nur Selbsterkenntnis ist der Weg zur Besserung, und da könne somit von keinen politischen Manövern die Rede sein. Unleugbar aber ist es, daß im Volke die Achtung vor dem Geseze leider gesunken ist; das zeigen die zahlreichen Schwurgerichtsverhandlungen wegen Verbrechen gegen die körperliche Sicherheit, ebenso ist auch der Respect vor den staatlichen Organen sehr im Niedergange.

Abg. Svetec sagt, die „schwarzen Punkte“ werden dadurch in die weite Welt gestreut, daß die Correspondenten der Journale dieselben sofort in alle Winde hinausposaunen. Redner meint, was zu Hause geschieht, soll auch zu Hause bleiben, dann werde das Land nicht so schlecht beurtheilt werden.

Referent Abg. Dr. Ritter v. Besteneck weist darauf hin, daß von allen Gemeinden Krains höchstens 50 die Rechnungen zur rechten Zeit vorlegen, alle übrigen kommen dieser wichtigsten Bestimmung des Gesezes nicht nach.

Bei der Abstimmung wird Antrag 4 angenommen.

Der Antrag des Abg. Luchmann, die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf über die Vertheilung der Hutweiden und Wechselgründe in der nächsten Landtagsession vorzulegen, wird ebenfalls angenommen.

IV. Abg. Dr. Poklukar referiert über die Voranschläge der krainischen Stiftungsfonde pro 1890 und 1891. Dieselben werden ohne Debatte genehmigt.

V. Abg. Dr. Bošnjak beantragt namens des Finanzausschusses:

1.) Der Landesausschuß wird ermächtigt, unheilbare, an chronischen Krankheiten leidende zahlungs-



unfähige Personen aus der Spitals- in die Siechenpflanze zu übergeben.

2.) Sollte der Landesausschuss im Interesse des Landesfondes diesfällige Kosten vorschussweise zu bestreiten finden, so wird ihm für diesen Fall ein Credit von 500 fl. für das Jahr 1880 und von 1000 fl. für das Jahr 1881 bewilligt. (Angenommen.)

#### VI. Mündliche Berichte über Petitionen:

1.) Abg. Dr. Bošnjak beantragt, der Gemeinde Slavina 150 fl. für den Brückenbau zu bewilligen. (Angenommen.)

2.) Abg. Navratil beantragt, dem Turnlehrer Schmidt gegen die Verpflichtung, allen Volksschulen in Krain ein Exemplar des ersten und zweiten Theiles seiner Turnschule zu übermitteln, zur Herausgabe des zweiten Theiles derselben eine Subvention per 150 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

3.) Abg. Dr. Ritter v. Savinschegg beantragt, den Kindern der Witwe Anna Stebl die Gnadengabe auf weitere drei Jahre zu belassen. (Angenommen.)

Hierauf wird um 3 Uhr die öffentliche Sitzung geschlossen und beginnt die vertrauliche.

Nächste Sitzung morgen.

### 10. Sitzung.

Laibach, 8. Juli.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Ritter von Kaltenegger; Vertreter der Regierung der k. k. Landespräsident Winkler. Anwesend 35 Abgeordnete.

I. Das Protokoll der letzten Sitzung wird in slovenischer Sprache verlesen und genehmigt.

#### II. Mittheilungen des Landtagspräsidiums.

Der Vorsitzende weist die eingelangten Petitionen den betreffenden Ausschüssen zu.

Dr. Bleiweis begründet seinen Antrag auf Abänderung des Gemeindegesetzes in dem Punkte, dass den Gemeindevorstehern das Recht eingeräumt werde, über beleumdungen Individuen die Ausfolgung des Ehemeldzettels zu verweigern. Nach der derzeitigen Bestimmung des Gesetzes stehe gegen die Verweigerung des Ehemeldzettels durch den Bürgermeister der Recurs an den Gemeinde- und sodann an den Landesausschuss offen. Redner sagt, er sei von einer Anzahl von Gemeindevorstehern seines Wahlbezirkes Umgebung Laibach ersucht worden, den Bürgermeistern beim hohen Landtage doch etwas mehr Rechte in dieser Angelegenheit zu verschaffen, damit sie in Stande wären, solchen Leuten, welche lediglich das bauerliche Proletariat vermehren, das Heiraten zu verbieten. Drei Gründe sind es — sagt Redner, — welche die fortschreitende Verarmung der Landbevölkerung bewirken, nämlich, dass jeder Bettler ungehindert heiraten könne, die Freiheitlichkeit der Gründe und die Gewerbefreiheit. Redner will sich in eine Erläuterung der Geschichte der Ehemeldzettel nicht einlassen und ersucht, seinen Antrag dem Verwaltungsausschuss zuzuweisen. (Angenommen.)

III.) Abg. Dr. Deu referiert namens des Verwaltungsausschusses über die Gesetzentwürfe, betreffend die Ablösung der auf Realitäten haftenden Giebigkeiten und Naturalleistungen für Kirchen, Pfarren und deren Organe, und beantragt: Der Landtag wolle:

1.) dem angeschlossenen Gesetzentwurf seine Zustimmung erteilen;

2.) den Landesausschuss beauftragen:

a) die Allerhöchste Sanction des Gesetzes zu erwirken;

b) die k. k. Regierung um Durchführung desselben und um Erlassung der erforderlichen Vollzugsvorschriften sowie um Erwirkung der Stempel- und Gebührenfreiheit für die diesfälligen Acte zu ersuchen;

c) an die Gemeinden eine entsprechende Belehrung über diese Angelegenheit zu erlassen, und

d) den Finanzausschuss zu beauftragen, für die Kosten der Ablösung der auf den Realitäten haftenden Geldgiebigkeiten und Naturalleistungen für das Jahr 1881 einen entsprechenden Betrag in das Präliminare des Landesfondes einzustellen.

In der Generaldebatte spricht gegen die Annahme des Gesetzentwurfes zunächst der Abgeordnete Detela. Redner sagt, schon im Verwaltungsausschuss haben die Mitglieder der Minorität den Antrag gestellt, über den Gesetzentwurf zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag aber wurde mit 5 gegen 4 Stimmen, also mit bloß einer Stimme Majorität verworfen. Namens der Minorität werde er den gleichen Antrag auch in der heutigen Plenarsitzung stellen. Die große Majorität der Bevölkerung Krains sei gegen diesen Gesetzentwurf, weil derselbe nicht nur unnöthig, sondern zugleich auch dem Landmanne und Geistlichen schädlich und überdies vom juristischen Standpunkte aus ungerecht und undurchdacht sei, umsomehr, als er dem Landesfonde bedeutende Kosten aufbürden werde. 125 Gemeinden haben sich gegen den Gesetzentwurf erklärt und nur 22 für denselben, und selbst diese würden nicht dafür gestimmt haben, wenn sie gewußt hätten, dass es sich nicht um die jährliche Regulierung der Abgabe, sondern um die vollkommene Eingehung des Ablösungscapitals handelt. Es sei nicht liberal, dem Volke ein Gesetz aufzuzwingen, welches dasselbe entschieden nicht will und welches die Berech-

tigten und Verpflichteten schädigt. Das Ablösungscapital werde mehr als zwei Millionen betragen, die Kosten der Ablösung an 70,000 fl. Wo soll der Landmann, der an Geldmangel leidet, das hierzu erforderliche Geld bekommen? Er wird es nicht zu 5, sondern zu 10 und 20 Procent aufnehmen müssen. Der Gesetzentwurf sei jedoch, wie schon erwähnt, auch juristisch undurchdacht, denn die Giebigkeiten fußen auf gegenseitigem Uebereinkommen, indem die Collectur nur dann zu leisten sei, wenn eine Gegenleistung erfolgt, das heißt, wenn ein hierzu berechtigter Geistlicher vorhanden ist. Bei dem Mangel an Geistlichen, der in Krain herrscht, seien nun schon jetzt viele Seelsorgerstellen leer, welche keiner Collectur erfordern; wenn nun die Giebigkeiten auf einmal abgelöst werden, so bezahlen die Besitzer in vielen Fällen, ohne etwas dafür zu erhalten. Die Kosten für die Ablösung werden aber noch größer werden, als man sie präliminirt hat. Wurde doch auch die Grundsteuererschätzung nur mit sechs Millionen veranschlagt und hat bis nun doch schon volle 22 Millionen gekostet, trotzdem noch lange nicht alle Arbeiten beendet sind. In andern Ländern, z. B. in Steiermark, wurden auch die Giebigkeiten abgelöst, doch sicher nicht zum Vortheile des Landes. Steiermark war früher ein reiches Land, durch die Durchführung der „liberalen“ Gesetze ist es heute jedoch schlechter daran als Krain. Dass die Ablösung der geistlichen Giebigkeiten die rationelle Landwirtschaft fördern werde, sei eine nichtsagenbe Phrasen, auch ihre Einhebung habe den Wirtschaftsbetrieb nie gestört. Für das Gesetz treten im Hause nur die Vertreter des Großgrundbesitzes, der Handels- und Gewerbekammer und einiger Städte und Märkte ein, welche alle eben keine Giebigkeiten an Pfarren zu entrichten haben. Die sämtlichen Vertreter der Landgemeinden des Landes, welche eben diese Giebigkeiten zu entrichten haben, erklären sich entschieden gegen die Annahme des Gesetzesentwurfes. Redner hofft daher, die Regierung werde auf die Repräsentanten des Landvolkes Rücksicht nehmen, welche gegen die Annahme des Gesetzesentwurfes Protest erheben.

Abg. Ritter v. Gariboldi erklärt, er habe aus den Auseinandersetzungen des Vorredners nicht die Ueberzeugung von der Unzweckmäßigkeit des Gesetzes gewonnen. Die Ersprißlichkeit desselben sei von den berührten Factoren, den Verpflichteten und Berechtigten, stets vom einseitigsten Standpunkte aus bekämpft worden. Die Berechtigten — der Clerus — seien durch die Decanate einvernommen worden und haben sich zum größeren Theile gegen die Ablösung ausgesprochen; die meisten dieser ablehnenden Voten seien jedoch ohne alle Motivierung. Warum die Berechtigten gegen das Gesetz eifern, ist nicht schwer zu errathen, geht doch bei der Ablösung das gewohnheitsgemäße, nicht zu unterschätzende Plus, das man durch die bekannten, dem Clerus geläufigen Mittel schon hereinzubringen weiß, verloren. Also in erster Linie die Furcht, das unberechtigte Plus zu verlieren, ist es, welche die Berechtigten bewegt, sich gegen die Ablösung zu erklären. Auch der Umstand, dass sich die Laiengesetzgebung auf ein Feld begibt, auf dem der Clerus allein maßgebend sein will, hat dem Gesetze eine bedeutende Opposition geschaffen. Dass sich andererseits auch die Mehrzahl der Gemeinden — der Verpflichteten — gegen das Gesetz erklärt hat, liegt wohl in dem conservativen Zug unserer Landbevölkerung, welche keiner Neuerung freundlich gesinnt ist und stets den Wunsch hat, es solle nur alles schön beim Alten bleiben. Bemerkenswert aber ist es, dass sich gerade die größten Gemeinden des Landes für die Ablösung ausgesprochen haben. Das ist ein Factor, der bedeutend in die Waagschale fällt. Redner will in die großen Vortheile, welche das Gesetz den Verpflichteten bietet, nicht näher eingehen. Wenn aber eingewendet wurde, dass das Plus mit Freuden gegeben werde, so mag das in einzelnen Fällen so sein, in den meisten gewiss nicht. Nach zwanzig Jahren, wenn die Ablösung vollzogen sein wird, werden sowohl Verpflichtete als Berechtigte dem heutigen Gesetze dankbar sein, indem es beiden Theilen nur zum Vortheile gereichen wird.

Abg. Klun spricht gegen das Gesetz in längerer und sehr eingehender Ausführung. Das Gesetz sei heute bereits zum drittenmale auf der Tagesordnung, und zwar war dies schon in den Jahren 1875 und 1878 der Fall. Jedesmal haben sich die Gemeinden sowie das fürstbischöfliche Ordinariat dagegen ausgesprochen, und auch die Landesregierung habe ihre gegründeten Bedenken gegen dasselbe geltend gemacht. Man konnte nach allen dem glauben, der Gesetzentwurf sei nun begraben, allein kaum hatte die Gegenpartei die Majorität, so kam es sofort wieder auf die Tagesordnung. Als das Gesetz seinerzeit vom Abgeordneten Baron Apfaltrern eingebracht wurde, durfte man noch annehmen, dass damit ein guter Zweck verfolgt werde, heute jedoch, nachdem sich die überwiegende Majorität der maßgebenden Factoren dagegen erklärt habe, sei man von diesem Glauben wohl schon gründlich geheilt. Das Gesetz soll eben nur aus Parteirücksichten beschlossen werden, um dem „Liberalismus“ gerecht zu werden, wurde doch die Lösung dieser Frage von der anderen Partei selbst als eine eminent freiheitliche

bezeichnet. Das vorliegende Gesetz aber sei dem Landvolke und dem Clerus ein Faustschlag ins Gesicht, zur Strafe dafür, weil sie nicht ins liberale Horn blasen wollen. (Widerspruch rechts, Beifall links.) Sonst gibt man Gesetze, wenn sie nothwendig sind, aber bei uns kann das Volk „panem et circenses“ schreien, so viel es will, es bekommt doch statt des Brotes einen Stein. Die Collectur sei eben ein Ueberbleibsel des Mittelalters, darum müsse sie abgeschafft werden, wie könnte auch sonst die Welt erfahren, dass Krain eine liberale Vertretung im Landtage hat? Es wird bei diesem Gesetze genau so gehen, wie beim Schulgesetze, welches enorme Lasten der Bevölkerung aufgebürdet hat, und wie in Steiermark, wo bekanntlich das gleiche Gesetz schon im Jahre 1869 beschlossen wurde und wo die Ablösung schon im Jahre 1872 hätte beendet sein sollen, trotzdem jedoch in vielen Gemeinden heute noch gar nicht begonnen hat. Wenn man sagt, dem Landvolke fehle die richtige Auffassung dieses Gesetzes, so ist dagegen zu bemerken, dass vielleicht keine Leistung dem Volke so klar ist, in welcher Höhe sie zu leisten ist, als eben die Collectur.

Man hat im Ausschussberichte auch angeführt, dass die Collectur die Freiheit der Gründe behindere — nun, dies sollte heute, wo man über das stets anwachsende Bauernproletariat klagt, doch weit eher ein Argument gegen das Gesetz als für dasselbe abgeben. Unser Landvolk leidet stets an empfindlichem Bargeldmangel, und man spricht immer, man soll demselben durch Gründung von Vorschusskassen, in denen es billiges Geld bekäme, unter die Arme greifen. Wo wird aber das von Geld vollkommen entblößte Landvolk die drei Millionen hernehmen, welche die Ablösung der Giebigkeiten kosten wird, und wie soll das Capital angelegt werden? Das Nächstliegende wird sein: in Staatspapieren. Wenn aber die Coupons noch mehr besteuert werden als jetzt und dadurch das Erträgnis bedeutend geringer wird, wer wird dann wieder zahlen müssen, als eben die Landgemeinden, wenn sie nämlich Seelsorger werden haben wollen, und wie? — nicht anders als durch eine Collectur in neuer Auflage. Wenn der Gegenpartei an dem Volkswohle wirklich etwas gelegen ist, dann möge sie den Landmann die Giebigkeiten an den Clerus wie bisher in natura abtragen lassen, da ihm dies immer leichter sein wird, als in Geld. Bei Verathung des Gemeindegesetzes habe man sich gegnerischerseits auf die Wünsche der Gemeinden berufen, warum entspricht man in diesem Falle nicht den Wünschen der Majorität derselben? Das Verhältnis derjenigen, die sich für das Gesetz erklärt haben, gegen diejenigen, welche dagegen sind, ist 50,000 gegen 400,000, das gleiche Verhältnis, wie die heutige Majorität und die Minorität des Landtages. Die Beschuldigung, dass der Clerus mehr verlange, als ihm gebühre, ist ungerecht; was dem Clerus gegeben wird, gibt das Landvolk freiwillig und aus gutem Herzen. Sind schlechte Jahre, dann nimmt der Geistliche mit dem Wenigen vorlieb, das er bekommt, klagt er den Landmann wegen Nichtabfuhr der Giebigkeiten niemals. Bequemer ist es freilich, mit der Quittung ins Amt zu gehen und das Geld zu beheben, als zu collectieren. Wenn man aber glaubt, den Clerus dadurch in jene Ketten zu schmieden, dass er den Feinden des Glaubens gefällig sein werde, so irrt man sich, denn — so schließt Redner — eher werde man den Clerus von Haus zu Haus betteln gehen, als ihnen unterthänig sehen. Redner ersucht schließlich die Regierung, dieselbe möge vor Regelung der Congrua das Gesetz nicht zur Sanction empfehlen. (Schluss folgt.)

(Aus dem Landtage.) An der in der gestrigen Landtagsitzung geführten Debatte über das Collectur-Ablösungsgesetz theilnahmen sich außer den in unserem obigen Sitzungsberichte erwähnten Rednern noch die Herren Abgeordneten: Svetec (gegen), Dr. von Schrey, Baron Apfaltrern und der Berichterstatter Dr. Deu (für). Der Antrag des Abgeordneten Detela auf Uebergang zur Tagesordnung wurde bei namentlicher Abstimmung mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Abgeordneter Klun erklärte hierauf, dass sich die Minorität an der Specialdebatte nicht theilnehmen werde. Das Eingehen in letztere wurde sodann mit Majorität beschlossen. Abgeordneter Ritter v. Gariboldi beantragte nun die en bloc-Annahme des Gesetzes, welcher Antrag auch angenommen und hierauf der Gesetzentwurf auch gleich in dritter Lesung genehmigt wurde. Nun begann eine vertrauliche Sitzung; nach kurzer Weile wurde dieselbe wieder zur öffentlichen, indem beschlossen wurde, die Generaldebatte über die beantragte Reorganisation der Landesämter in öffentlicher, hingegen die Specialdebatte in vertraulicher Sitzung vorzunehmen. In der Generaldebatte beantragte der Abgeordnete Dr. Pollak, die Reorganisation zu vertagen und die Regierung zu ersuchen, die Landesbuchhaltung und die Landescaße mit ihren gleichartigen Aemtern zu vereinigen. Ueber den Erfolg dieses Ansuchens, sowie über die Aenderung der Dienstespragmatik hätte der Landesausschuss in der nächsten Session Bericht zu erstatten. Einstweilen wären allen Beamten, die weniger als 1000 fl. Gehalt beziehen, Remunerationen bis zur Höhe von 200 fl. zu



bewilligen. Abgeordneter Dr. Ritter v. Besteneck erklärte sich gegen die Anträge des Abgeordneten Dr. Polskar, welche bei namentlicher Abstimmung auch mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt wurden. — Die heutige Sitzung beginnt um halb 10 Uhr als vertrauliche; um 11 Uhr wird die öffentliche Sitzung eröffnet.

— (Aus dem Militär-Veteranenvereine.) Sonntag vormittags fand im städtischen Rathssaale in Anwesenheit von 80 Mitgliedern die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Ersten allgemeinen krainischen Militär-Veteranenvereines statt. Dieselbe wurde vom Vereinsvorstande Herrn Magistratskanzlei-leiter G. Mihalic mit einer längeren Ansprache eröffnet, in welcher derselbe als das wichtigste Ereignis im abgelaufenen Jahre die dem Vereine durch Uebernahme des Allerhöchsten Protectorates seitens Sr. Majestät des Kaisers zutheil gewordene hohe Auszeichnung hervorhob und hieran die Aufforderung knüpfte, sich derselben auch in Zukunft durch musterhafte lokale und patriotische Gesinnung und durch reges humanitäres Wirken im Vereine würdig zu zeigen. Zum Gedächtnisse an diesen neuerlichen Act der kaiserlichen Huld hat der Ausschuss beschlossen, ein schön ausgestattetes Gedenkblatt anfertigen und an die Mitglieder vertheilen zu lassen. Der vom Vorsitzenden hierauf verlesene Rechenschaftsbericht über das abgelaufene Vereinsjahr entwirft eine Chronik der Vereinsthätigkeit und widmet der verstorbenen Fahnenmutter-Stellvertreterin, Ihrer Exc. der Baronin Natalie von Bürker, einen warmen Nachruf. Weiters entnehmen wir demselben über den Stand des Vereines folgende Daten: Obwohl der Verein im verflossenen Jahre 1 Ehrenmitglied (Michael Dentsche) und 6 Mitglieder (die Herren: Mihalic, Baron Kuschland, Perke, Bogacnik, Bozenel und Schonta) durch den Tod verloren hat, ist die Gesamtzahl seiner Mitglieder doch in erfreulicher Zunahme begriffen und weist derzeit 245 Mitglieder gegen 212 im Vorjahre auf. Auch das Vereinsvermögen erfreut sich stetiger Zunahme und beläuft sich gegenwärtig, nach kaum fünfjährigem Bestande des Vereines, bereits auf 3523 fl., die fruchtbringend angelegt sind. An Krankenunterstützungs- und Beihilfenbeiträgen wurden im letztverflossenen Jahre an die Mitglieder 510 fl. (gegen 292 fl. im Vorjahre) vertheilt. Nachdem die Versammlung den Rechenschaftsbericht und einige vom Ausschusse in demselben gestellte, innere Vereinsangelegenheiten betreffende Anträge genehmigt hatte, schritt dieselbe zur Neuwahl der Vereinsleitung, und wurden hiebei folgende Herren gewählt: zum Vorstande Georg Mihalic, zu dessen Stellvertreter und Rechnungsführer Johann Kolarzsek Edler v. Sternhof, zum Cassier Johann Golias, zu Secretären B. Dichtenegger und J. Bokalic und zu Ausschussmitgliedern: C. Brosch, W. Bischof, J. Eil, J. Dobrin, K. Fritsch, J. Gerbacz, J. Grabel, M. Horvath, A. Hodevar, J. Hren, S. Jak, G. Klobas, M. Mlinar, M. Piller, J. Supancic, J. Schmalhardt, Ch. Schaffenrath und M. Figur. Die Versammlung schloß über Einladung des Vorsitzenden mit dreimaligen stürmischen Hoch- und Vivio-Rufen auf Ihre Majestäten.

— (Postamts-Uebersiedlung.) Das derzeit in Vir bei Stein bestehende k. k. Postamt übersiedelt am 16. d. M. in die Ortschaft Domschale, gleichzeitig wird die bis nun zwischen Vir und Stein verkehrende Botenfahrt aufgelassen und dafür eine Botenfahrtverbindung zwischen Domschale und Stein ins Leben treten. Den bisherigen Bestellsbezirk des zur Auflösung bestimmten Postamtes in Vir übernimmt das neue Domschaler Postamt.

### Danksagung.

Der Herr k. k. Oberleutnant in Pension Franz Joffe in Laibach hat dem Stadtmagistrate eine Obligation der Silberrente per 50 Gulden mit der Widmung übersendet, daß die Couponsinteressen für die Stadtmarmen zu seinem Andenken halbjährig in Verwendung kommen sollen. Indem diese Obligation in die Stadtmarmencasse hinterlegt und für die widmungsmäßige Verwendung der Interessen das

Erforderliche vorgekehrt wird, wird dieses hochherzige Geschenk hiemit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Stadtmagistrat Laibach, am 2. Juli 1880.

Der Bürgermeister: Laschan m. p.

### Neueste Post.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 8. Juli. Die „Pol. Corr.“ berichtet aus Belgrad: Hassan, Gouverneur von Novibazar, dessen Todesnachricht christliche Flüchtlinge verbreiteten, ist verwundet hier eingetroffen, um Heilung zu suchen.

Paris, 8. Juli. Petersburger Nachrichten dementieren formell, daß Rußland seine Intervention zur Durchführung der Berliner Beschlüsse angeboten habe. — Der Senat beschloß die dringliche Verhandlung des Antrages Dufaure bezüglich des Vereinsrechtes. Die Debatte wird morgen stattfinden. — Das Amnestieproject wurde an die Commission verwiesen, welche sofort zur Berathung zusammentrat.

London, 8. Juli. Im Unterhause erklärte Gladstone, es wäre im Hinblick auf die bisherige Erfahrung weder gerecht noch achtungsvoll gegen die Pforte, zu vermuthen, daß die Pforte sich dem einstimmigen Beschlusse der Mächte widersetzen werde.

Triest, 8. Juli. (Wr. Allg. Ztg.) Die gestrige Landtagsitzung verlief äußerst tumultuös. Als bei namentlicher Abstimmung Naberger seine Stimme wiederholt slavisch abgab, entstand eine solche Erregung, daß die Sitzung gar nicht zu Ende geführt werden konnte. Es wurde gepöffelt und gezielt und die Sitzung löste sich von selbst auf.

Linz, 8. Juli. Der Landtag wurde nach den Schlussreden des Landeshauptmannes und des Statthalters mit begeisterten Hochrufen auf Se. Majestät den Kaiser geschlossen.

Bad Gastein, 8. Juli. (Presse.) Heute früh um 7 Uhr hat sich der in der Cur hier befindliche russische Oberst Mazarsty Doboltzoff unterhalb der Wandelbahn in den Wasserfall gestürzt, nachdem er Hut und Rock auf eine Bank niedergelegt hatte. Der Leichnam ist trotz eifrigen Suchens noch nicht gefunden worden.

Brünn, 8. Juli. (Wr. Allg. Ztg.) Heute wurde Bürgermeister Winterholzer durch den Statthalter Kallina beeidigt. Der Statthalter beglückwünschte die Gemeindevetretung zu dieser Wahl und bezeichnete sie nicht nur als glückliche, sondern sogar als selbstverständliche. Winterholzer dankte dem Statthalter und versprach, daß ihm die würdigen Männer, welche vordem auf diesem Platze waren, als Richtschnur dienen sollen. Brünn ist durch deutsche Cultur und deutschen Gewerbesleiß zu seiner Bedeutung gelangt, und diese müssen geschützt werden. Das vom Bürgermeister schließlich ausgebrachte Hoch auf den Kaiser wurde dreimal stürmisch wiederholt.

Lemberg, 8. Juli. (Wr. Allg. Ztg.) Im Hofraume des hiesigen Garnisonsgefängnisses wurden heute um sechs Uhr früh die 23jährigen Uslanen Sawrlylo Moczerniuk und Constantin Hnatczuk wegen aus Nachsicht an dem vorgeführten Unterofficier Schneeg begangenen Mordes hingerichtet. Die Execution vollzog der Brünnener Scharfrichter Both. Dem dritten Delinquenten Tychon Budz wurde die Begnadigung verkündet.

Berlin, 7. Juli. (Köln. Ztg.) Der Kaiser verläßt Ems bereits in drei Tagen und geht nach kurzem Aufenthalte auf der Insel Mainau nach Gastein zum Curgebrauche. Es wird wieder ein Besuch des Kaisers Wilhelm durch den von Fisch kommenden Kaiser von Oesterreich erwartet.

Paris, 8. Juli. (Wr. Allg. Ztg.) Der „Gaulois“ meldet, der Muntius zeigte Freycinet an, er habe Befehl, die Verbindungen abzubauen und sich zur Abreise bereitzuhalten, wenn gegen die Congregationen

weiter vorgegangen würde. Bourbati soll in griechische Dienste treten.

Paris, 7. Juli. (Köln. Ztg.) Der König von Griechenland wird heute abends von hier nach Kopenhagen abreisen; er hat Freycinet heute morgens einen Besuch gemacht und, wie es heißt, ihn gebeten, nichts zu überlegen, damit ein Krieg verhütet werde. Der König ist sehr zufrieden mit seinem Aufenthalt in England. Er sagt, die Aufregung in Griechenland sei nur oberflächlich; im Grunde wollten die Griechen sich ruhig verhalten, die Ereignisse abwarten und nichts thun, was ihre jetzige schöne Stellung verderben könnte. — Die Clericalen beabsichtigen, jedem Mitgliede des Parlaments, welches wegen der Jesuitenverfolgung seinen Abschied genommen habe, eine Medaille zu verehren. Es sind ihrer jetzt 126.

Paris, 8. Juli. (N. fr. Pr.) Die Ex-Kaiserin Eugenie verließ Capetown und schiffte sich nach St. Helena ein, um am Grabe Napoleons I. zu beten.

Paris, 7. Juli. Die „Agence Havas“ meldet: Die Montenegriner verließen alle ihre bisherigen Positionen und marschieren gegen Tusch und Podgoriza, wo ein Angriff droht. Die Montenegriner sind entschlossen, auf den albanesischen Feldern die Ernte einzuheimsen. Zwischen den Türken von Jakova und den Christen von Tandesi kam es wegen von den Türken begangener Grausamkeiten zu einem Conflict, wobei einige Türken getödtet wurden.

### Angekommene Fremde.

Am 8. Juli.

Hotel Stadt Wien. Loois, Reif; Pirisch, Steinberg, Deutsch, Winterholzer, Weiser, Neumann, Wiener, Nathansky, Kaufmann, und Kleiner, Wien. — Dr. Blaminek, Idria. — Ditar, Handelsm., Altenmarkt. — Baron Sartori, Görz. — Leder, Kaufm., Frankfurt.

Hotel Elephant. Pozza, Privat, Triest. — Liebscher sammt Familie, Graz. — Hoffmann, Reif, Dedenburg. — Rumpfer, Handelsm., Pontafel. — Guttmann, Reif, Buntigam. — Hartnagel, k. n. Finanz-Deponomat-Verwalter, Agram.

Mohren. Mally D., Neumarkt.

### Verstorbene.

Den 7. Juli. Gertraud Koren, Maurerswaife, 7 J., Wienerstraße Nr. 11, Darmföhlung.

### Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Juli	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag in Millimetern
8.	7 U. Mg.	735.37	+14.0	windstill	heiter	
	2 „ N.	733.64	+25.4	windstill	heiter	0.00
	9 „ Ab.	734.74	+20.2	NW. schwach	heiter	

Wolkenloser Himmel. Das Tagesmittel der Wärme + 19.9°, um 1° über dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

### Danksagung.

Für die zahlreiche Theilnahme an dem Leichenbegängnisse meiner geliebten und unvergeßlichen Gemahlin

### Betty Reyer geb. Burger

am Sonntag, den 4. d. M., nachmittags spreche ich in meinem und im Namen meiner unglücklichen Kinder: Franz, Gottfried und Adelfeid sämmtlichen Theilnehmern sowie auch den hochgeschätzten Spenderrinnen und Spendern der wertvollen Kränze, wodurch die wahre Theilnahme an meinem Unglücke bewiesen wurde, hiemit den innigsten Dank aus.

Gurkfeld am 5. Juli 1880.

Franz Reyer,  
k. k. Finanzwach-Respicient.

**Börsebericht.** Wien, 8. Juli. (1 Uhr.) Das Ausgebot wurde heute nicht fortgesetzt, die Course erholten sich theilweise, die Speculation nahm aber noch eine abwartende Stellung ein.

Selb		Ware	Selb		Ware	Selb		Ware	Selb		Ware
Papierrente	72 50	72 60	Grundentlastungs-Obligationen.				Franz-Joseph-Bahn	169 -- 170 --	Franz-Joseph-Bahn	101 90 102 10	
Silberrente	73 45	73 55	Böhmen	104 50	—	Galizische Carl-Ludwig-Bahn	278 -- 273 25	Gal. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	104 50 105 --		
Goldrente	87 40	87 50	Niederösterreich	105 50	106 25	Kaschau-Oberberger Bahn	130 75 131 --	Defterr. Nordwest-Bahn	102 -- 102 25		
Rose, 1854	122 75	123 --	Galizien	97 75	98 --	Bemberg-Gernowitzer Bahn	167 -- 167 25	Stiebsbürger Bahn	84 -- 84 25		
„ 1860	133 25	133 50	Steinbürgen	94 75	95 --	Uoyd-Gesellschaft	657 -- 659 --	Staatsbahn 1. Em.	175 50 176 --		
„ 1860 (zu 100 fl.)	134 25	134 50	Femejer Banat	94 50	95 --	Defterr. Nordwestbahn	173 -- 173 50	Südbahn à 3%	121 75 122 --		
„ 1864	173 50	173 75	Ungarn	95 --	95 50	„ lit. B.	185 50 186 --	„ à 5%	112 -- 112 25		
Ung. Prämien-Anl.	114 --	114 25	Actien von Banken.				Rudolf-Bahn	161 50 162 --	Devisen.		
Credit-A.	177 --	177 50	Anglo-öfterr. Bank	132 50	132 75	Staatsbahn	280 -- 280 50	Auf deutsche Plätze	57 15 57 25		
Theiß-Regulierungs- und Sze- gediner Rose	108 90	109 --	Creditanstalt	278 75	279 --	Südbahn	81 25 81 50	London, kurze Sicht	117 60 117 65		
Rudolfs-A.	18 25	18 50	Depositenbank	—	—	Theiß-Bahn	242 50 243 --	London, lange Sicht	117 75 117 80		
Prämienanl. der Stadt Wien	118 25	118 50	Creditanstalt, ungar.	263 75	264 --	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	142 -- 142 50	Paris	46 50 46 55		
Donau-Regulierungs-Rose	112 --	112 25	Defterreichisch-ungarische Bank	828 --	830 --	Ungarische Nordostbahn	147 -- 147 50	Geldsorten.			
Domänen-Pfandbriefe	144 --	144 25	Unionbank	109 50	110 --	Ungarische Westbahn	150 -- 150 50	Selb			
Defterr. Schatzscheine 1881 rück- zahlbar	100 40	100 60	Verkehrsbank	130 50	131 --	Wiener Tramway-Gesellschaft	243 50 244 --	Ware			
Defterr. Schatzscheine 1882 rück- zahlbar	101 50	101 75	Wiener Bankverein	134 --	134 25	Pfandbriefe.		Ducaten	5 fl. 55 fr. 5 fl. 57 fr.		
Ungarische Goldrente	109 60	109 70	Actien von Transport-Unterneh- mungen.				Alg. öft. Bodencreditanst. (i. Gd.)	116 50 117 --	Napoleonsd'or	9 „ 35 „ 9 „ 36	
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	127 --	127 25	Alföld-Bahn	159 --	159 50	(i. B.-B.)	102 -- 102 25	Deutsche Reichs- Noten	57 „ 75 „ 57 „ 80		
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstücke	126 50	127 --	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	572 --	574 --	Defterreichisch-ungarische Bank	103 60 103 80	Silbergulden	— „ — „ — „ —		
Anleihen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	102 50	102 75	Elisabeth-Westbahn	190 50	191 --	Alg. Bodencredit-Inst. (B.-B.)	102 -- 102 25	Prioritäts-Obligationen.			
Nachtrag: Um 1 Uhr 15 Minuten notierten: Papierrente 72 50 bis 72 60 Silberrente 73 40 bis 73 60 Goldrente 87 40 bis 87 60			Ferdinands-Nordbahn		2455 -- 2460 --	Elisabeth-B. 1. Em.		98 75 99 --	Krainische Grundentlastungs-Obligationen:		
183-25. London 117 60 bis 117 80 Napoleons 9 35 bis 9 36			Ferd.-Nordb. in Silber		105 -- 105 25	Ferd.-Nordb. in Silber		105 -- 105 25	Geld 101 --, Ware 102 --.		
									Credit 279 -- bis 279 25. Anglo 133 -- bis		